

Protest der Beschäftigten in Hechingen und Hirrlingen dauert an

Maquet will Standorte schließen

Maquet Cardiopulmonary will sein Werk in Hirrlingen und den Standort im Hechinger Gewerbegebiet „Lotzenäcker“ schließen. Die 260 Arbeitsplätze sollen ins badische Rastatt und ins türkische Antalya verlagert werden. An beiden Standorten arbeiten derzeit noch 460 Beschäftigte. Der Protest der Belegschaften dauert an.

„Hechingen ist dann nur noch eine verlängerte Werkbank“, klagt Walter Wadehn, 1. Bevollmächtigter in Albstadt. „Die Verlagerungspläne sind profitgetrieben und sonst gar nichts.“ Maquet wolle damit jährlich sechs Millionen Euro einsparen. Aber diese Rechnung gehe nicht auf.

Gegenkonzept vorgestellt

Allein die vom Unternehmen inzwischen angebotene „stay“-Prämie, die bleibenden Mitarbeitern bis 30. September 2013 eine Lohnerhöhung von 30 Prozent zusichert, koste rund vier Millionen Euro. Und durch die Verlagerung in die „steuerfreie Oase“ Antalya könne Maquet in den nächsten fünf Jahren lediglich 1 bis 1,5 Millionen Euro

einsparen, hat das von der IG Metall eingeschaltete IMU Institut ausgerechnet. Realistische Einsparmöglichkeiten – zum Beispiel bei der Lagermiete – sieht IMU auch vor Ort. Sein Gegenkonzept hat das Institut am letzten Montag (28. März) auf der Betriebsversammlung vorgestellt. Es verweist auch auf die



(→ Seite 2 unten)

Betroffen und kämpferisch: die Betriebsräte Katrin Schwenklenks und Bernhard Schmid mit dem IG Metall-Bevollmächtigten Walter Wadehn (von links)

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wenn ein Standort verlagert werden soll, ist der Hinweis auf Markterfordernisse meist nicht weit. So auch beim Unternehmen Maquet, das zwei seiner Werke schließen will. Markterfordernis, Sachzwang? Von wegen: Eine Umsatzrendite von bis zu 15 Prozent erscheint den Geschäftsführern nicht auskömmlich. Siehe den Artikel auf dieser Seite.

Durch entschlossenes Handeln einer Belegschaft lässt sich ein vermeintlicher Sachzwang aber in Frage stellen. Den Beschäftigten von GE in Freiburg ist dies gelungen. Ein Warnstreik und ein ordentlicher Zuwachs an Gewerkschaftsmitgliedern haben die Rückkehr zum Flächentarif möglich gemacht.

Auch bei Dräger in Lübeck war die IG Metall erfolgreich. Ein Verzicht auf betriebsbedingte

Kündigungen bis 2015 und gleicher Lohn für die Leiharbeiter – das kann sich sehen lassen, findet

die Redaktion

► Kontakt: peter.kern@igmetall.de

Jetzt online Mitglied werden!

Die IG Metall ist eine starke Gemeinschaft. Sie unterstützt Mitglieder und bietet ihnen Rückhalt.

► www.igmetall.de „Beitreten“ auf der Homepage anklicken: Mitglied werden in drei Schritten.

Impressum

Herausgeber: IG Metall Vorstand, Ressort Branchenpolitik/Handwerk, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt/Main
Redaktion: Peter Kern, Text/Layout: WAHLE & WOLF, 56479 Elsoff

General Electric Medical Systems IT Freiburg

Zurück zum Flächentarifvertrag

Das Freiburger Unternehmen General Electric Medical Systems IT ist zum Flächentarifvertrag der IG Metall zurückgekehrt. Es gehört auch wieder dem Arbeitgeberverband an. „Das ist ein toller Erfolg für die Beschäftigten. Ohne ihren starken Warnstreik wäre dieses Ergebnis nicht zustande gekommen“, sagt Marco Sprengler, 2. Bevollmächtigter der IG Metall Freiburg.

Mit seinem Austritt aus dem Arbeitgeberverband im letzten Jahr trat das Unternehmen die Tarifflucht an. „Für die rund 260 Beschäftigten hätte dies nur Nachteile gehabt“, erklärt der Betriebsratsvorsitzende Lothar Meyer. „Außerdem hatten wir Sorge um unseren Standort.“

Zugeständnis bei der Arbeitszeit

Der Mitte März mit der IG Metall abgeschlossene Ergänzungstarifvertrag regelt, wo das Unternehmen von der „Fläche“ abweichen kann. „Wir haben ein Zugeständnis bei der Arbeitszeit machen müssen. Hierbei war letztlich die große Zahl von Beschäftigten mit der Eingruppierung in die Entgeltgruppe 13 und darüber ausschlaggebend gewesen“, betont Marco Sprengler. Maximal die Hälfte der rund 225 Beschäftigten im Innendienst könne künftig 40 Stunden pro Woche arbeiten. Das aber bei vollem Lohnausgleich und nur auf freiwilliger Basis. „Dies haben praktisch schon bisher rund 37 Prozent der Mitarbeiter getan“, sagt Ralf Schamel, stellvertretender Be-

triebsratsvorsitzender. „Die jetzige Regelung legalisiert also lediglich unseren Status quo“, so der Metaller.

Tarifliche Leistungsbewertung

Die tarifliche Leistungsbewertung und das GE-weite Mitarbeiterbewertungssystem, die bisher nebeneinander existiert haben, werden nun im neuen Ergänzungstarifvertrag verknüpft. „Auf dieser Basis kann der Vorgesetzte dann die tarifliche Leistungszulage festlegen. Der betriebliche Leistungsdurchschnitt muss die tariflichen Vorgaben erfüllen, und der tarifliche Reklamationsprozess ist voll gegeben“, sagt Ralf Schamel.

„Das große Engagement unserer Kolleginnen und Kollegen, mit dem sich die Betriebsräte der anderen Medizintechnik-Konzernunternehmen so eindrucksvoll solidarisiert haben, war ausschlaggebend dafür, dass GE in Freiburg bei seiner Tarifflucht einen Rückzieher gemacht hat und wir erfolgreich waren“, bekräftigt Lothar Meyer.

Engagement der Beschäftigten und Solidarität der Konzern-Betriebsräte

(Fortsetzung von Seite 1)

teuren Sozialpläne, die bei dem Arbeitsplatzabbau auf das Unternehmen zukämen. Außerdem sei mit einem enormen Know-how-Verlust durch die Verlagerung zu rechnen.

Neue Mitglieder gewonnen

Walter Wadehn bezeichnet es als „pervers“, dass der Hersteller von Herz-Lungen-Maschinen und Einmalprodukten für die Herzchirurgie zwei Standorte aufgeben wolle, die eine Umsatzrendite zwischen zehn und 15 Prozent erwirtschaften. „Die IG Metall wird sich dagegen weiter wehren. Wir wollen so viele Arbeitsplätze wie möglich halten. Es gibt keinen triftigen Grund, Forschung und Entwicklung nach Rastatt zu verlagern. Und bei diesem Kampf wollen wir auch die Tarifbindung in Hechingen und Hirrlingen erreichen“, sagt Walter Wadehn.

Gegenüber der IG Metall zeigt sich die Arbeitgeberseite offen für Vorschläge. Aber für den 1. Bevollmächtigten ist das „reine Rosstäuscherei. Da werden Nebelkerzen geworfen.“ Richtig zufrieden ist Walter Wadehn darüber, dass dieser ausgetragene Konflikt in den letzten Wochen dazu beigetragen hat, rund 200 neue Mitglieder in die IG Metall aufzunehmen.



Zukunftstarifvertrag bei Dräger

Beschäftigte stimmen einhellig zu

Die IG Metall und Dräger haben einen Zukunftstarifvertrag abgeschlossen, der am 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist. Künftig gelten für alle Dräger-Betriebe in Deutschland die Tarifverträge der Metall- und Elektroindustrie von Norddeutschland. Bis 2015 sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Leiharbeit soll vermieden werden. Leiharbeiter sollen den gleichen Lohn bekommen. Nahezu einstimmig haben sich die Mitglieder in IG Metall-Versammlungen an allen Dräger-Standorten dafür ausgesprochen, den Zukunftstarifvertrag anzunehmen.

„Das Gesamtpaket ist ein hervorragendes Ergebnis. In anderthalbjährigen Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite konnte trotz zwischenzeitlicher Nichteinigung dieses Ergebnis erzielt werden, weil beide Seiten aufeinander zugegangen sind“, sagt Siegfried Kasang, Konzernbetriebsratsvorsitzender. Der Erfolg sei vor allem dem Engagement der Kolleginnen und Kollegen zu verdanken.

Keine betriebsbedingten Kündigungen

Dräger verzichtet bis 2015 auf betriebsbedingte Kündigungen. Die Beschäftigten akzeptieren mit dem Zukunftstarifvertrag, dass es anstelle des Weihnachts- und Urlaubsgeldes eine tarifliche Jahressonderzahlung (124 Prozent vom Monatsbrutto) gibt. Je nach Entgeltgruppe sind davon bis zu 50 Prozent vom Geschäftsergebnis abhängig. Außerdem wurde angesichts des Rekordjahrs von Dräger vereinbart, dass alle Beschäftigten – auch die Leiharbeiter – eine Sonderzahlung in Höhe von 1 250 Euro erhalten, die im März 2011 ausgezahlt worden ist. Die ab dem 1. April geltende Tarifierhöhung in Höhe von 2,7 Prozent wurde um einen Monat vorgezogen.

Für Thomas Rickers, 1. Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Lübeck-Wismar, ist

der Zukunftstarifvertrag „ein großer Schritt, um den Produktionsstandort zu sichern, alle Beschäftigten bei Dräger gleich zu behandeln und um die unsägliche Leiharbeit zu überwinden“.

Leiharbeit ab sofort vermeiden

Die Leiharbeit soll ab sofort vermieden und durch alternative, flexible Dauerarbeitsplätze ersetzt werden. Wenn sie nicht zu vermeiden ist, erhalten Leiharbeiter ab dem vierten Monat den gleichen Lohn wie ihre fest angestellten Kollegen.

Für die industriellen Dienstleistungen wird es einen speziellen Tarifvertrag geben, der besser ausfällt als die bisherigen Regelungen. Allerdings ist die Arbeitszeit dort länger als beim Metall-Flächentarifvertrag (siehe Kasten).

Daniel Friedrich, Verhandlungsführer der IG Metall-Bezirksleitung Küste: „Es war uns wichtig, die Arbeitsbedingungen für alle Dräger-Beschäftigten tariflich abzusichern.“



Alle Dräger-Beschäftigten sind tariflich abgesichert.

Metall-Tarif gilt jetzt auch in vier ausgegliederten Dräger-Tochtergesellschaften

„Bei uns sind alle begeistert“, so äußerte sich Holger Fick gegenüber den „Lübecker Nachrichten“ zum Zukunftstarifvertrag. Er ist Betriebsratsvorsitzender der für Logistik und Transport zuständigen Dräger-Gesellschaft Interservices. Die 320 Beschäftigten werden nun in den Metall-Tarifvertrag zurückkehren und damit besser als zuvor abgesichert sein.

Mitte der 90er Jahre hatte Dräger bestimmte Unternehmensbereiche in neue Tochtergesellschaften ausgegliedert. Dort galten schlechtere Tarife. Bei Interservices zum Beispiel der für das

Verkehrsgewerbe Schleswig-Holsteins. „Wir fühlten uns ausgegrenzt, als gehörten wir nicht mehr zu Dräger. So wurden wir auch behandelt“, klagte Holger Fick. Nun gilt für die Beschäftigten der Interservices wie auch für die 70 Mitarbeiter der Dräger Gebäude & Service GmbH ein spezieller industrieller Dienstleistungstarifvertrag unter dem Dach der IG Metall Küste. Er wird jetzt auch in den bisher nicht tarifgebundenen Betrieben Dräger Medical ANSY und Dräger TGM angewendet.

Mit Tarif 21 Prozent mehr Gehalt – auch für die Ingenieure

Tarifverträge lohnen sich auch für Ingenieure. In Unternehmen, die nach Tarif bezahlen, verdienen sie fast 21 Prozent mehr als in nicht tarifgebundenen Betrieben. Im Monat macht das 816 Euro aus. Das erbrachte eine Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) im Rahmen des internationalen Forschungsprojekts „Lohnspiegel“. Neben dem Alter, der geografischen Lage (Ost/West) und der Unternehmensgröße, ist die Tarifbindung einer der wichtigsten Faktoren für die Höhe des Einkommens. In Betrieben mit Betriebsrat liegt das durchschnittliche Einkommen ebenfalls deutlich höher als in Betrieben ohne Betriebsrat.

Thema des Wissenschaftsjahres 2011: Gesundheitsforschung

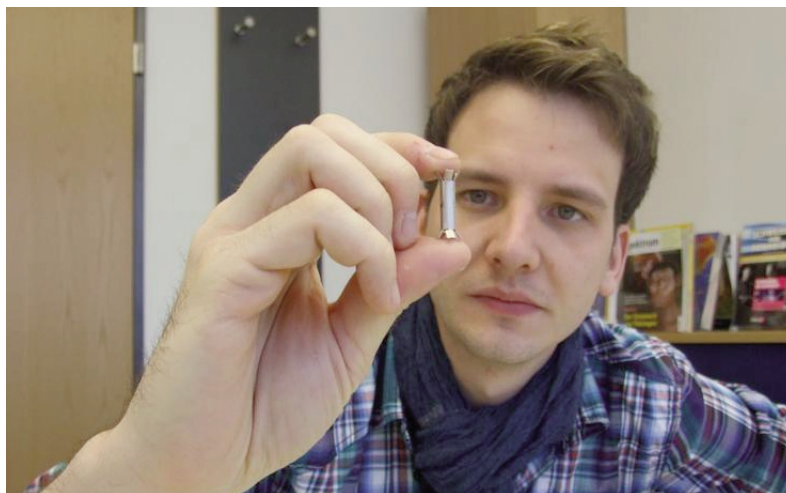
Die Gesundheitsforschung ist das Thema des Wissenschaftsjahres 2011. In diesem Jahr sollen vier neue Deutsche Zentren der Gesundheitsforschung entstehen, die sich auf Krebs-, Infektions-, Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen konzentrieren. Für zwei weitere Volkskrankheiten – Neurodegenerative Erkrankungen und Diabetes – sind solche Zentren bereits 2009 gegründet worden, teilte Bundesforschungsministerin Annette Schavan mit. Die Bundesregierung wolle damit die Strukturen der Forschungslandschaft grundlegend verändern. Ziel dieser Institutionen sei es, den Wissenstransfer zu beschleunigen. Nach Angaben der Ministerin hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr rund 1,2 Milliarden Euro für die Gesundheitsforschung zur Verfügung gestellt.

Medizintechnik sucht Nachwuchskräfte: 100 Prozent Ingenieur und teamfähig

In der Medizintechnik werde der Bedarf an Ingenieuren weiter steigen, sagte Olaf Dössel, Professor am Karlsruher Institut für Technologie, der FAZ. Der Grund sei der Erfolg der medizintechnischen Unternehmen aus Deutschland auf dem Weltmarkt. Dössel sieht vor allem folgende technische Trends: bildgebende Verfahren, minimal-invasive Chirurgie und Intervention, intelligente und funktionelle Implantate, Zell- und Gewebetechnik, Laboranalysen im Chipmaßstab und Telemedizin.

„Zwei Dinge wünschen sich die Unternehmen von entsprechenden Nachwuchskräften: 100 Prozent Ingenieur und gleichzeitig hervorragende Teamfähigkeit, die nötig ist, weil Ingenieure in der Medizintechnik über Disziplinen hinweg denken sowie die Sprache und Anforderungen von Ärzten oder Zellbiologen verstehen müssen“, sagte Dössel. Die Unternehmen suchten dafür keine fertigen Spezialisten, sondern Fachkräfte mit einem soliden Basisfundament, „die sich im Studium spezielles Wissen im Bereich Medizintechnik angeeignet haben“: Elektrotechniker, Informatiker, Maschinenbauer und Physiker.

*Keine fertigen
Spezialisten
gesucht*



Gesundheitsinnovationen: Deutschland gehört zum Spitzentrio

Deutschland bietet bereits heute die besten politischen Rahmenbedingungen für Innovationen in der Medizintechnik-Industrie. Das hat eine Studie der Unternehmensberatung Pricewaterhouse (PwC) ergeben. Auf dem zweiten Platz liegen die USA und Großbritannien. „Deutschland punktet im internationalen Wettbewerb mit einer vergleichsweise schnellen und kostengünstigen Zulassung von Medizintechnik-Innovationen“, teilt PwC mit. Ebenso positiv seien die äußerst

stabilen politischen Strukturen sowie der verlässliche Schutz vor Patentverletzungen und Produktpiraterie.

Insgesamt liegen die USA bei den Gesundheitsinnovationen an der Spitze, gefolgt von Großbritannien und Deutschland auf Platz 2. Der deutliche Vorsprung der USA vor den anderen Industrienationen hat sich seit 2005 verringert. Schwellenländer wie China, Brasilien und Indien holen auf.